

FREIHEIT

Ausgabe 3

Herausgegeben vom Presseverein der Scientology Kirche in Deutschland

Editorial



Betrachten Sie einmal das menschliche Miteinander aus einer mehr internationalen Perspektive und Sie werden feststellen, dass wir in einer

Welt der Ungleichheit und der Widersprüche leben.

Einerseits gibt es auf allen staatlichen Ebenen – kommunal, regional und national – mehr als genug Vorkehrungen und Maßnahmen, die den Bürger vor Willkür und Diskriminierung schützen sollen. Andererseits lesen wir jeden Tag über Intoleranz, Ungerechtigkeit und Ausgrenzung.

Kratzt man am Lack der hehren Absichten und Abkommen, kommt in der Tat vieles zum Vorschein, das alarmieren muss. Amnesty International prangert in ihrem Jahresbericht 2004 zahlreiche gravierende Menschenrechtsverletzungen in 155 Ländern an.

Menschenrechtsverletzungen an Einzelnen betreffen uns letztlich aber alle. In einem Bericht der Vereinten Nationen hat UN-Generalsekretär Kofi Annan diesen Umstand auf den Punkt gebracht: „Gravierende und weit reichende Menschenrechtsverletzungen sind nicht nur das Ergebnis, sondern auch eine wesentliche Ursache von bürgerkriegsähnlichen und ethnischen Konflikten.“

Ersichtlich ist es nicht damit getan, den Schutz der Menschenrechte allein den bestehenden nationalen und internationalen Rechtssystemen aufzubürden. Gesetze und Abkommen schaffen zwar die nötigen Voraussetzungen. Aber damit die Menschenrechte auch verwirklicht werden, müssen ihr Inhalt und ihre eigentliche Bedeutung von den Bürgern wie auch von den staatlichen Stellen eines jeden Landes verstanden und in die Tat umgesetzt werden.

Der breiten Aufklärung über die Menschenrechte haben sich verschiedene Menschenrechtsinitiativen verschrieben. Wir stellen einige in dieser Ausgabe vor und berichten über ihre weltweiten Projekte zur Unterstützung der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* der Vereinten Nationen. Und wir werfen einen Blick auf eine aktuelle Bedrohung der Menschenrechte, nämlich ihre Aushöhlung unter dem Deckmantel der „inneren Sicherheit“. Wichtig ist uns die Botschaft: Gegen Menschenrechtsverletzungen kann etwas getan werden!

Wie immer freuen wir uns über Ihre Anregungen und Kommentare.

Sabine Weber
Redaktion FREIHEIT

Wie die Bürgerrechte und Grundfreiheiten demontiert werden

Jeder ist verdächtig ... Der Weg in den Überwachungsstaat



Wenn es um die Beeinträchtigung der garantierten Grundrechte und den gefährlichen Weg zum Überwachungsstaat geht, gibt es weltweit nur wenige Länder, in denen die Überwachung des Bürgers ähnliche Ausmaße angenommen hat wie in Deutschland. Das Problem ist jedoch nicht auf Deutschland beschränkt. Wie *FREIHEIT* in diesem ersten Artikel einer Serie über die geheime Welt der Bürgerbespitzelung aufdeckt, geht es schon lange nicht mehr nur um „Informanten“, die auf Gangster und Ganoven angesetzt sind. Heute geht es um „Maßnahmen für die nationale Sicherheit“ – die von Landes- und Bundesbehörden vorgeblich ergriffen werden, um den internationalen Terrorismus zu bekämpfen. Dabei sind Videokameras an jeder Straßenecke noch das geringste Problem. Sie sind die wenigen sichtbaren Zeichen eines meist unsichtbaren Überwachungsgeschwürs, das sich rasend schnell ausbreitet und jegliche Privatsphäre zu zerstören droht.

Von Gordon Thomas
und Hans Bschorr

Zu den neuzeitlichen Vorreitern der lückenlosen Bürgerüberwachung zählt England. In London beispielsweise wird buchstäblich jedermann, der auf die Straße geht, ein Geschäft betritt oder sich in einer öffentlichen Einrichtung aufhält, zum Darsteller in einem Überwachungsvideo – ungefragt und durchschnittlich 375 Mal pro Tag!

Nach einer Umfrage aus dem Jahr 2001 unter britischen Unternehmen hielten es schon damals 93% der Be-

fragten für legitim, ihre Mitarbeiter auszuspionieren. Von diesen 93% erklärten alle unisono, dass ihre Überwachungseinrichtungen laufend modernisiert würden, um E-Mails mitzulesen und Telefongespräche aufzuzeichnen.

Auch die englischen Geheimdienste MI5 und MI6 haben den Bürger fest im Griff: Sie können zur „Verteidigung der Krone“ im Prinzip abhören, wie sie wollen – heimlich natürlich – und tun das wohl auch. Im Ergebnis ist England heute eines der am intensivsten überwachten Länder der Erde.

„Ganz ohne Zweifel“, so ein führender Geheimdienstler in London, „wird es eines Tages eine einzige Datenbank geben, die alles über jeden enthält. Sie wird alle nur erdenklichen Details über jede Person beinhalten – von ihrer Geburt bis zu ihrem Tod.“

Aber würde ein solches Datenmonster das Land auch vor Terrorismus und Verbrechen schützen?

„Wer weiß“, meinte er achselzuckend. „vielleicht bedeutet es auch nur, dass wir künftig mehr über jeden wissen, als notwendig ist.“

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Warum Menschenrechte nicht nur etwas für Erwachsene sind

Jugend für Menschenrechte

Die 16-jährige Katharina Waterkamp aus Donau-eschingen war eine von insgesamt 26 Delegierten aus aller Welt bei dem historischen Gipfeltreffen im New Yorker UNICEF-Hauptsitz im August diesen Jahres – historisch deshalb, weil hier zum ersten Mal ausschließlich Menschenrechtsverletzungen an Kindern und Jugendlichen auf internationaler Ebene angesprochen wurden. In diesem Zusammenhang wurde auch nochmals die wichtige Rolle der Menschenrechtserziehung betont. Katharina Waterkamp ist Scien-



Renen Wasserman, Delegierter aus Israel, und die palästinensische Delegierte Zeina Hamad

tologin und lebt seit einigen Jahren in den Vereinigten Staaten. Warum

sie auf dem Gipfeltreffen die deutschen Belange und Interessen vertrat, hat einen einfachen Grund. „Ich habe eine gewisse Leidenschaft dafür, Jugendlichen etwas über Menschenrechte beizubringen“, erklärt sie. „Ich möchte sie dazu bewegen, ihre Augen offen zu halten und bewusst wahrzunehmen, was um sie herum passiert.“

Während ihrer Präsentation vor den anwesenden Delegierten und Repräsentanten der Vereinten Nationen aus 19 Ländern wies

Fortsetzung auf der letzten Seite

Eine unendliche Geschichte

Der Verfassungsschutz: eine Behörde über dem Gesetz

Zahlreiche Mythen ranken sich um nationale und internationale Geheimdienste. Doch was in Spielfilmen als Lichtgestalt über den Bildschirm flimmert, hat wenig mit der Wirklichkeit zu tun. Die Geschäfte des Verfassungsschutzes, des deutschen Inlandsgeheimdienstes, sind in aller Regel schmutzig, seine Spitzel häufig kriminell und erpressbar. „Erlaubt ist, was die Gesetze verletzt“, titelte der *Spiegel* einmal treffend. Hier nur eine kleine Auswahl aus der Skandalchronik des Verfassungsschutzes (VS), die bezeichnend ist für die Denkweise und die „geheimdienstlichen Operationen“ dieser Behörde.

1968: Bürgerrechtler und Politiker verhindern, dass sich der Verfassungsschutz nach eigenem Gutdünken in jede Telefonleitung einklinken darf. Dennoch wird der Behörde erlaubt, unter bestimmten Voraussetzungen Telefone abzuhören. Die politische Debatte über missbräuchliche Praktiken beim VS nimmt zu.

1972: Die Nazi-Vergangenheit Hubert Schrübbers, Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, wird aufgedeckt. Im Dritten Reich hatte er als Staatsanwalt in politischen Strafverfahren gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden auch für Bagatelldelikte hohe Zuchthausstrafen gefordert.

1974: Der VS-Informant Schmücker wird als „Verräter“ von der Terroristenzelle „Bewegung 2. Juni“ ermordet. Der Verfassungsschutz wusste, dass Schmückers Leben in Gefahr war, unternahm jedoch nichts, um ihn zu schützen. Der VS kannte auch Schmückers Mörder, der die Tatwaffe dem VS-Agenten Volker Weingraber übergeben hatte. Dieser wiederum leitete das Beweisstück an den Verfassungsschutz weiter, der es 15 Jahre lang vor der Staatsanwaltschaft und dem zuständigen Gericht versteckte. Aufgrund dieses Vertuschungsmanövers und der zurückgehaltenen Beweismittel entwickelt sich der Mordfall Schmücker zum teuersten Ermittlungsverfahren der deutschen Kriminalgeschichte und kostet den Steuerzahler 15 Millionen Deutsche Mark. Nach einem 15 Jahre dauernden Ermittlungsverfahren wird der Fall 1991 schließlich zu den Akten gelegt. (Während des Verfahrens wurde 1988 entdeckt, dass der Assistent des Verteidigers ebenfalls ein VS-Informant war. Auch dieser Umstand zeigt deutlich, dass es im Weltbild von Verfassungsschützern nur wenige rechtliche und moralische Hemmschwellen gibt.)

Fortsetzung auf den nächsten Seiten

(Fortsetzung von Seite 1)

Jeder ist verdächtig ... Der Weg in den Überwachungsstaat

1978: VS-Agenten sprengen ein Loch in die Mauer eines Gefängnisses in Celle. Der Vorgang wird der Öffentlichkeit als terroristischer Anschlag verkauft, der mit dem Ziel durchgeführt worden sei, den dort einsitzenden RAF-Terroristen Sigurd Debus zu befreien. Acht Jahre später deckt die *Hannoversche Allgemeine* das Komplott aus der Dirty-Tricks-Abteilung des Verfassungsschutzes auf.

1993: Bayerns Innenminister Günther Beckstein drängt darauf, dass es VS-Agenten erlaubt sein müsse, „milieubedingte“ Straftaten zu begehen, um sich ihrer kriminellen Umgebung anpassen zu können. Rechtsexperten raten massiv davon ab, weil Freibriefe für Kriminalität die Grenzen des Rechtsstaats vollständig verwischen würden.

1994: In Bayern wird aus Russland eingeschmuggeltes Plutonium gefunden. Es stellt sich heraus, dass die Drahtzieher des Verbrechens nicht in Moskau sitzen, sondern dass deutsche Geheimdienstler sowie das dem Innenministerium unterstellte bayerische Landeskriminalamt Regie führten. Innenminister Günther Beckstein behauptet, nichts gewusst zu haben und hereingelegt worden zu sein. Vor der Aufdeckung der tatsächlichen Hintergründe war die Affäre um den angeblichen Plutonium-Schmuggel der „Russens-Mafia“ von Beckstein verwendet worden, um seiner Forderung nach einer engeren (verfassungswidrigen) Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten Nachdruck zu verleihen.

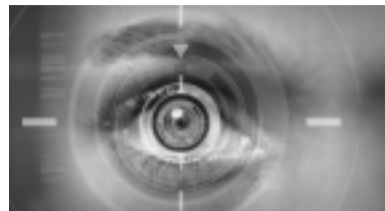
1994: Bernd Schmitt, V-Mann des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, baut eine Neonazi-Schutztruppe auf und trainiert drei der mutmaßlichen Mordbrenner von Solingen. Bei dem Brandanschlag 1993 starben fünf Türkinnen.

1997: Norman Walther, Beamter des Bayerischen Innenministeriums, ist die graue Eminenz hinter der „Beobachtung“ der Scientology Kirche und ihrer Mitglieder. Er unterbindet jede Form des Dialogs zwischen Scientologen und zuständigen Stellen. Die „Beobachtung“ bestätigt, dass es keinerlei Fehlverhalten auf Seiten der Scientologen gibt. Dennoch ordnet Bayerns Innenminister Beckstein die weitere Überwachung durch den Verfassungsschutz an und macht sich für die flächendeckende Diskriminierung auch in anderen Bundesländern und auf Bundesebene stark, obwohl auch dort keine Grundlage für eine Dauerbeobachtung festgestellt worden ist.

1998: Der Berliner Verfassungsschutz engagiert gleich fünf Ex-Stasi-Agenten. Einer von ihnen erklärt den leitenden Polizeibeamten Otto Dreksler zum Scientologen. Die behördliche Diskriminierungsmaschinerie setzt sich in Gang und Dreksler wird allein aufgrund dieser Behauptung seines Postens enthoben.

Etwa zur gleichen Zeit wird ein Verfassungsschutzagent aus Baden-Württemberg in der Schweiz wegen illegaler Spionagetätigkeit verhaftet. Er hatte unter falschem Namen versucht, Informationen über Schweizer Scientologen zu erhalten.

2000: Der Datenschutzbeauftragte in Bayern, Reinhard Vetter, lehnt die von Innenminister Beckstein vorgeschlagene flächendeckende Videoüberwachung öffentlicher Plätze ab. Dies sei eine Verletzung der Grundrechte, erklärt er, da der Bürger permanent unter Druck stehen würde, sich angepasst zu verhalten. Beck-



Spione mit Computer-Maus

High-Tech-Überwachungssysteme sind eine Herausforderung. Sie haben Prestigewert und verleihen ihrem Schöpfer eine Aura der Extravaganz. Diejenigen, die solche Systeme bedienen, werden zu Mitwissern von Geheimnissen und betrachten sich als Mitglied einer elitären Gemeinschaft. Sie sind die Überwacher. Der Rest von uns sind die Überwachten.

Als im Dezember 1999 so genannte Globalisierungsgegner gegen die Welthandelskonferenz in Seattle demonstrierten, wurden Informationen über Zeitpunkt, Dauer und Teilnehmeranzahl nicht mehr, wie in der Vergangenheit, durch monatelange verdeckte Ermittlungen zusammengetragen. Man musste Gruppen nicht mehr infiltrieren oder in studentischen Bars und Clubs herumlungern. Stattdessen nutzte man hoch entwickelte Überwachungstechniken im World Wide Web: Digitale Detektive gingen online, um in den Straßen und Gassen des Cyberspace fündig zu werden. Und sie wurden fündig.

Einige der Werkzeuge der neuen Cyberspace-Polizei wurden kürzlich auf einer Konferenz von Codex Data in New York demonstriert. Ausgewählte Teilnehmer durften lernen, „wie man E-Mails zurückverfolgt, Passwörter entschlüsselt, Computer aus der Ferne ausspioniert, Online-Aktivitäten zurückverfolgt, versteckte und gelöschte Daten findet und wiederherstellt und Files erzeugt, die sich zurückverfolgen lassen ...“.

Die Überwachung des Bürgers – überall und ohne konkreten Anlass – wird „mehr und mehr zu einem wichtigen Werkzeug der geheimdienstlichen Informationsbeschaffung“, konstatiert Peter Sommer, Berater des parlamentarischen Ausschusses für Handel und Industrie in London. „Sie ist lediglich eine Fortentwicklung des Brieföffnens, des elektronischen Abhörens und des Anbringens von Wanzen. Der Unterschied ist, dass das früher der Aufgabenbereich der Geheimdienste war. Heute sind alle möglichen Firmen und Unternehmen mit im Boot.“

„Präventive“ Bürgerüberwachung fühlt sich in aller Regel nicht an rechtliche oder moralische Bedenken oder Restriktionen gebunden. Ihre Befürworter betonen einfach ihre angebliche Notwendigkeit, die angesichts der Veränderungen in der Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten gegeben sei. So einfach ist das. Restriktionen aller Art sind da nur Hindernisse auf dem Weg zum herbeigesehnten gläsernen Bürger – und werden folglich umgangen oder nach und nach abgebaut.

Da ist es nur folgerichtig, dass sich die Überwachungsindustrie mittlerweile zu einem blühenden Wirtschaftszweig entwickelt hat. Das Netz der Bürgerüberwachung wird so von Tag zu Tag größer und engmaschiger. Jeder kann sich heute darin verfangen – ohne es überhaupt zu wissen.

Colin Wallace, der für die britische Armee an der Durchführung nachrichtendienstlicher Operationen in Nordirland beteiligt war, brachte die dämonische Natur der modernen Überwachungsideologie auf den Punkt: „Überwachung in diesen Bereichen wird immer als etwas dargestellt, das in bester Absicht geschieht – ein Mittel, das angeblich eine weniger stigmatisierende und humanere Form der Kontrolle darstellt als andere Maßnahmen. Überwachung wird uns als Allheilmittel für gesellschaftliche Übel präsentiert: Wer überwacht wird, kommt nicht so schnell ins Gefängnis, fliegt nicht so schnell von der Schule oder aus der staatlich geförderten Wohnung und entlastet die Gerichte. Überwachung wird uns auch mit dem unterschweligen Hinweis schmackhaft gemacht, dass wir ja keine Angst vor ihr haben müssten, solange wir uns nichts zuschulden

befinden. Wie sieht es dann erst bei den Geheimdiensten aus?

Und wie sieht es im Rest von Deutschland aus? Wer heute Bedenken oder gar Befürchtungen wegen der Ausweitung geheimdienstlicher Überwachungspraktiken anmeldet, setzt sich damit gleich selbst auf die Liste der Verdächtigen. Denn die Betreiber dieser Politik begegnen den Ängsten des Bürgers vor dem Überwachungsstaat stets mit dem gleichen stereotypen Argument: Der anständige Bürger sei durch die Überwachung ja nicht betroffen. Im Gegenteil. Er müsse eigentlich noch dankbar sein, wenn er grundlos ausspioniert wird, da dies letztlich ja immerhin den Nachweis seiner Unschuld erbringe.

Diese zynische Bagatellisierung massiver Eingriffe in Grundrechte und Grundfreiheiten ist weit weg von der Wirklichkeit, wie nicht zuletzt auch die Geheimdienstskandale der

Unterstellungen und lose aneinander gereichte Indizien genügen werden, um die Existenz auch unschuldiger Bürger oder Vereinigungen zu vernichten.

Wie aber kann man eine solche Vorgehensweise „verkaufen“, ohne dass sich Protest regt? Ganz einfach: Man nimmt sich eine kleine, eher unbekannt, aber verdächtige Gruppe vor, derzeit zum Beispiel eine islamistische Vereinigung, und verlangt, dass die „rechtlichen Möglichkeiten“ den „Notwendigkeiten der inneren Sicherheit“ angepasst werden. Auf diese Weise werden Gesetze durchgedrückt, die normalerweise keine Chance hätten – und jetzt die Gesamtheit der Bevölkerung betreffen. Dass die Politik den Rechtsstaat auf einen Kurs zu zwingen versucht, bei dem die Freiheit des Bürgers scheinbar verloren geht, ist allerdings nicht nur dem Eifer einzelner Innenminister zuzuschreiben. Auch die Bundesregierung muss sich hier eine Geisteshaltung vorwerfen lassen, die den Weg zum Willkürstaat ebnet.

Die ständige Ausweitung polizeilicher und geheimdienstlicher Befugnisse ohne funktionierende Kontrollmechanismen öffnet natürlich auch dem Missbrauch durch Interessengruppen Tür und Tor. Und damit sind nicht zuletzt auch staatliche Interessengruppen gemeint: Verfassungsschutzbehörden schrecken bekanntlich auch nicht vor der Fälschung von Beweisen zurück (siehe hierzu auch „Der Verfassungsschutz: eine Behörde über dem Gesetz“). Die Verbreitung von Gerüchten, um den Ruf von Menschen zu zerstören, oder die Verallgemeinerung von Einzelfällen, um das rechtswidrige Verhalten Einzelner als gezieltes Diffamierungsinstrument gegen ganze ethnische, religiöse oder politische Gruppen einzusetzen, gehört zum täglichen Geschäft der Geheimdienstler. Und niemand wird garantieren können, dass der Staat die neu erworbenen Befugnisse nicht noch zu anderen Zwecken missbraucht, beispielsweise um politische Konkurrenten auszuschalten.

Heute ist auch in der internationalen Politik die Tendenz zu beobachten, bei der Bekämpfung von Kriminalität alle Grund- und Bürgerrechte zu ignorieren oder zu umgehen, die als Hindernis wahrgenommen werden.

In letzter Konsequenz führt dies dazu, dass Verbrechen mit Verbrechen bekämpft werden, Unrecht mit Unrecht und Gesetzlosigkeit mit Gesetzlosigkeit. Ein Staat aber, der sich in dieser Weise auf das Niveau von Gangstern und Terroristen begibt, läutet auch das Ende seiner rechtsstaatlichen Fundamente ein.

Ist Sicherheit auch ohne die Zerstörung der Privatsphäre möglich? Lesen Sie Teil II von „Der Weg in den Überwachungsstaat“ in der nächsten Ausgabe der FREIHEIT.

Gordon Thomas ist Autor einer Reihe von Büchern, die sich mit der Thematik der Überwachung beschäftigen. Unter anderem veröffentlichte er „Gideon's Spies“, „Mindfield“ und „The Assassination of Robert Maxwell: Israel's Super Spy“ (mit Martin Dillon). Alle seine Bücher können über Amazon.com bezogen werden. Er publiziert auch in Globe-Intel.net.

Hans Bschorr ist freier Journalist und arbeitete viele Jahre für den Bayerischen Rundfunk. Er veröffentlicht regelmäßig in FREIHEIT, in der deutschen und in der internationalen Ausgabe.



„Deutschland ist Weltmeister im Abhören, und die Abhörpraxis ufert immer mehr aus“, kritisierte der innenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Dr. Max Stadler, am 6. Dezember 2004. Zu den deutschlandweiten Vordenkern des Überwachungsstaats zählt Bayerns Innenminister „Big Brother“ Günther Beckstein (links).



kommen ließen. Niemand aber spricht jemals von den gravierenden Eingriffen in die Privatsphäre, die eine solche Überwachung mit sich bringt.“

Verbrechensbekämpfung mit Verbrechen?

Was England für Europa ist, ist Bayern für Deutschland. Bayerns Datenschutzbeauftragter hat die Öffentlichkeit schon vor langem alarmiert, dass allein in den Computern der Landeskriminalbehörden Informationen über 1,3 Millionen Bürger

Vergangenheit belegen.

Die totale Erfassung und Überwachung schafft Indizienketten gegen unzählige Unschuldige und weitet den Kreis Verdächtiger unverhältnismäßig aus. Wer sich in diesen Indizienketten verstrickt, sollte tunlichst in der Lage sein, seine Unschuld hieb- und stichfest zu beweisen. Für den biometrisch und genetisch erfassten Bürger wird nämlich selbst das achtlos Wegwerfen einer Zigarettenspitze zum existenzbedrohenden Risiko, wenn diese zum Beispiel in der Nähe eines Tatorts gefunden wird. In letzter Konsequenz führt der Überwachungsstaat zu einer Umkehr der Beweislast: Der zu Unrecht Verdächtige muss die ihn belastenden Indizien entkräften und seine Unschuld beweisen – ein

„Durch legales Verhalten kann sich niemand mehr davor schützen, dass bei ihm abgehört wird. Jeder kann Opfer eines Lauschangriffs werden.“

– Süddeutsche Zeitung, 1. 7. 2003

gespeichert sind. Viele dieser Bürger haben nicht das Geringste mit Straftaten zu tun. 1,3 Millionen entspricht beachtlichen 10,8 Prozent der Bevölkerung des Freistaats, womit sich allein schon die Polizeibehörden auf halben Weg zur Sammelwut der Stasi

Nachweis, der ihm nicht immer gelingen wird.

Was aber bedeutet eine solche Entwicklung im Klartext? Sie bedeutet die Aushebelung des Rechtsstaats und der Menschenrechte. Sie bedeutet, dass Gerüchte, Vermutungen,

stein interessiert das wenig. Bayerns Bürger werden zur öffentlichen Beobachtung freigegeben – per Gesetz – zu jeder Zeit, an jedem Ort.

2000: Aufgrund einer Klage der Scientology Kirche gegen die Berliner Innenbehörde im Fall Dreksler (siehe Seite 2), ordnet der zuständige Richter die Offenlegung der „Beweise“ an. Der Verfassungsschutz kapituliert. Während der Untersuchung kommt ans Licht, dass der VS-Berlin einen Ex-Stasi-Agenten auf den betroffenen Polizeibeamten Dreksler angesetzt hatte. Unter dem Decknamen „Junior“ spitzelte der Sohn des ehemaligen Stasi-Generals Wolfgang Schwanitz für die Verfassungsschützer in Berlin. Dreksler wird rehabilitiert. Der VS-Berlin hingegen wird aufgelöst und unter der Berliner Innenbehörde reorganisiert.

2001: Thüringens Innenminister, stellt sich heraus, missbraucht den Verfassungsschutz, um politische Rivalen auszuschalten oder „Angriffspunkte“ zu ermitteln.

2001: In Mecklenburg-Vorpommern wird der Chef des Verfassungsschutzes nach diversen Skandalen in den Ruhestand versetzt. Unter anderem hatte sich herausgestellt, dass ein rechtsextremistischer Straftäter, der wegen seiner Beteiligung an einem ausländischer Brandanschlag vor Gericht stand, ein V-Mann des VS war.

2002: Toni Stadler, V-Mann des Brandenburgischen Verfassungsschutzes, sagt vor dem Berliner Landgericht aus, er sei davon ausgegangen, als V-Mann dürfe er Straftaten begehen. Stadler hatte in der Brandenburgischen Stadt Guben alles verkauft, was das Herz eines Neo-Nazis erfreut, einschließlich rechtsextremistischer Musik, bei der zum Mord an Kindern, Juden und Ausländern aufgefordert wird.

2003: Das Bundesverfassungsgericht stellt das von Bundesregierung und Bundesrat geforderte Verbotverfahren gegen die rechtsextreme NPD ein. Grund: Wichtige Funktionäre der Partei arbeiteten als V-Leute für den Verfassungsschutz und verursachten oder provozierten jene Beweismittel, die der Partei jetzt zum Vorwurf gemacht werden sollten. Insgesamt fliegen mindestens zehn V-Leute auf, wobei weder die Agenten des Bundes noch der Länder voneinander wussten. Zu Recht stellen sich viele die Frage: Ist die „braune Gefahr“ ein Produkt aus der VS-Retorte? Und: Wer gefährdet hier eigentlich die Verfassung?

Während das Bundesinnenministerium bis auf die Knochen blamiert ist, wäscht Bayerns Innenminister seine Hände in Unschuld und zeigt mit allen Fingern nach Berlin. Die unglaubliche Fehlleistung ginge einzig und allein auf das Konto des Bundesinnenministers – „nicht zu 98 Prozent, sondern zu 100 Prozent“.

2004: Holger Pfahls, ehemaliger Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz (1985–1987) wird in Paris verhaftet, nachdem seit 1999 international nach ihm gefahndet wird. Als Staatssekretär im Verteidigungsministerium soll er 1991 beim Verkauf von Panzern an Saudi-Arabien etwa 4 000 000 Mark Schmiergelder von Waffenhändler Karl-Heinz Schreiber bekommen haben. Vier Jahre lang war er der meistgesuchte Kriminelle in der Bundesrepublik – und die Spekulationen häufen sich: Welche seiner ehemaligen VS-Freunde hatten ihn dabei unterstützt, sich überall auf der Welt zu verstecken?

Es gibt immer eine Lösung für Konflikte

DAS GESETZ DER DRITTEN PARTEI

Auszug aus einem Essay L. Ron Hubbards aus dem Jahre 1965

Gewalt und Konflikte zwischen einzelnen Personen und ganzen Nationen haben den Menschen über Jahrtausende hinweg begleitet, wobei deren Ursachen ein vollständiges Rätsel blieben – ein Rätsel, das in Scientology schlussendlich gelöst worden ist.

Wenn Chaldäa verschwinden, Babylon zu Staub zerfallen und Ägypten unfruchtbar werden konnte, wenn Sizilien einst 160 blühende Städte haben konnte, nur um noch vor dem Jahre Null eine ausgeplünderte Ruine zu sein, und wenig mehr als eine Wüste in allen Zeiten danach, und das alles trotz der ganzen Arbeit, Weisheit, Wünsche und guten Absichten der Menschen, dann ist es so unausweichlich wie die Nacht auf den Tag folgt, dass dem Menschen etwas unbekannt ist, etwas, das alle seine Werke und Wege betrifft. Und dieses Etwas muss so tödlich und so durchdringend sein, dass es all sein Streben und all seine Möglichkeiten vernichtet, noch bevor deren Zeit gekommen ist.

Es müsste sich dabei um eine Art Naturgesetz handeln, das der Mensch selbst nicht vermutet.

Und offenbar gibt es ein solches Gesetz, das diese Bedingungen erfüllt – ein tödliches, unbekanntes Gesetz, das ausnahmslos alle Aktivitäten des Lebens berührt.

Das Gesetz scheint folgendermaßen zu lauten:

In jedem Streit muß es eine unbekannt dritter Partei geben, damit ein Konflikt bestehen bleiben kann.

Oder:

Damit ein Streit eintreten kann, muss ihn eine unbekannt dritter Partei aktiv zwischen zwei potenziellen Gegnern herbeiführen.

Oder:

Während man gewöhnlich glaubt, dass in einem Streit zwei gehören, muss es eine dritte Partei geben, die den Streit vorantreibt, damit ein tatsächlicher Konflikt überhaupt eintreten kann.

Es ist sehr leicht zu sehen, dass in einem Konflikt zwei streiten. Sie sind in jeder Hinsicht sichtbar. Schwieriger zu sehen oder zu vermuten ist, dass eine dritte Partei vorhanden war und den Streit aktiv gefördert hat.

Die gewöhnlich nicht verdächtigte, „verständnisvolle“ dritte Partei, der Zuschauer, der jede Beteiligung abstreitet, sie ist es, die den Konflikt überhaupt erst ins Dasein gerufen hat.

Die verborgene dritte Partei, die manchmal nur die eine Seite zu unterstützen scheint, stellt sich als Anstifter heraus.

In vielen Bereichen des Lebens ist dies ein nützliches Gesetz.

Es ist die Ursache für Krieg.

Man sieht zwei Kerle, die einander Schimpfwörter an den Kopf werfen, und sieht, wie sie handgreiflich werden.

Niemand sonst ist in der Nähe. Also haben sie natürlich „den Streit angefangen“. Tatsächlich aber gab es eine dritte Partei.

Geht man solchen Auseinandersetzungen nach, stößt man auf unglaubliche Tatsachen. Das ist das Problem. Das Unglaubliche wird nur allzu leicht verworfen. Eine Methode, Dinge zu verbergen, besteht darin, sie unglaublich zu machen.

Bürohilfe A und Bote B haben Streit miteinander. Eine offene Auseinandersetzung bricht aus. Jeder beschuldigt den anderen. *Keiner von beiden hat Recht, und somit löst sich der Streit nicht auf, weil dessen wahre Ursache nicht festgestellt worden ist.*

Man sieht sich einen solchen Fall gründlich an – und findet das Unglaubliche: Die Frau des Bürohilfen A hat mit dem Boten B geschlafen und sich jeweils bei dem einen über den anderen beschwert.

Bauer J und Viehzüchter K zerfleischen einander seit vielen Jahren in einem ständigen Konflikt. Es gibt offensichtliche, nachvollziehbare Gründe für die Fehde. Dennoch dauert sie an und lässt sich nicht beheben. Bei einer genaueren Untersuchung stößt man auf Bankier L, der wegen der Verluste, die sie aufgrund der Auseinandersetzung haben, beiden Parteien Geld leihen kann – während er gleichzeitig den Streit in Gang hält – und ihren gesamten Grund und Boden bekommen wird, falls beide verlieren.

Das geschieht auch in weit größeren Dimensionen. 1917 lagen die revolutionären Kräfte in Russland im Konflikt mit der Regierung. Es gibt so viele Gründe dafür, dass die Aufmerksamkeit leicht an ihnen hängen bleibt. Aber erst mit der Auffindung deutscher Staatsakten im Zweiten Weltkrieg wurde aufgedeckt, dass Deutschland die Fäden für die Revolution gezogen und Lenin finanziert hatte, um sie zu entfachen, wobei man ihn sogar in einem verdunkelten Zug nach Russland verfrachtet hatte!

Überprüft man „persönliche“ Streitig-

ren und sich die Belege vor Augen halten, dann wird dies das Ende der Auseinandersetzung sein.

Manchmal beschließen zwei streitende Parteien plötzlich, eine Person auszuwählen, um ihr die Schuld zu geben. Das stoppt den Streit. Manchmal ist es aber nicht die richtige Person, und es kommt danach zu weiteren Streitigkeiten.

Zwei Nationen, die sich in den Haaren liegen, sollten sich gemeinsam an den Konferenztisch setzen, um die tatsächliche dritte Partei genau zu lokalisieren. Sie werden immer eine finden, wenn sie suchen, und sie können durchaus auch die richtige finden – da man feststellen wird, dass sie in der Tat existiert.

Es gibt wahrscheinlich nicht wenige technische Vorgehensweisen, die man in diesem Rahmen entwickeln und Schritt für Schritt skizzieren könnte.

Viele merkwürdige Phänomene sind damit verbunden. Eine richtig erkannte dritte Partei wird gewöhnlich in keiner Weise von einer der beiden Seiten bekämpft, sondern nur gemieden.

Ehekonflikte sind weit verbreitet. Ehen können jedoch gerettet werden, indem jeder Partner wirklich herausfindet, wer die Konflikte verursacht hat. Es kann im Laufe der Ehe mehrere solche Personen gegeben haben, aber immer nur eine zu jeder Zeit.

Streitigkeiten zwischen einer einzelnen Person und einer Organisation werden fast immer durch eine einzelne dritte Partei oder Gruppe verursacht. Die Organisation und die Person sollten sich zusammensetzen und die dritte Partei herausfinden, und zwar indem sie beide alle Informationen offen legen, die ihnen gegeben wurden.

Aufständische Gruppen und Regierungen könnten gemeinsam wieder auf den Weg der Verständigung gebracht werden, wenn man Vertreter beider Seiten dazu bringt, das auszutauschen, was ihnen von wem erzählt wurde. Solche Konferenzen tendieren gewöhnlich dazu, sich nur mit gegenseitigen Beschuldigungen, Bedingungen oder Missständen zu befassen. Um erfolgreich zu sein, müssen sie sich mit lebendigen Wesen befassen. Und zwar ausschließlich.

Man könnte vielleicht denken, dass hier die Behauptung aufgestellt wird, es gäbe keine Missstände, die Konflikte verursachen. Die gibt es natürlich. Aber sie können gewöhnlich durch eine Unterredung beseitigt werden, wenn nicht eine dritte Partei den Konflikt schürt.

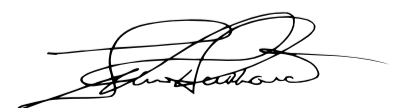
Die Geschichte vermittelt uns eine überaus unwahre Sicht der Vergangenheit, weil sie diese Vergangenheit auf der Grundlage der gegenseitigen Beschuldigungen zweier Widersacher übermittelt und es versäumt, die dritte Partei aufzudecken.

Wir sollten bei Kriegen nicht von „zugrunde liegenden Ursachen“ sprechen, sondern von „verborgenen Anstiftern“.

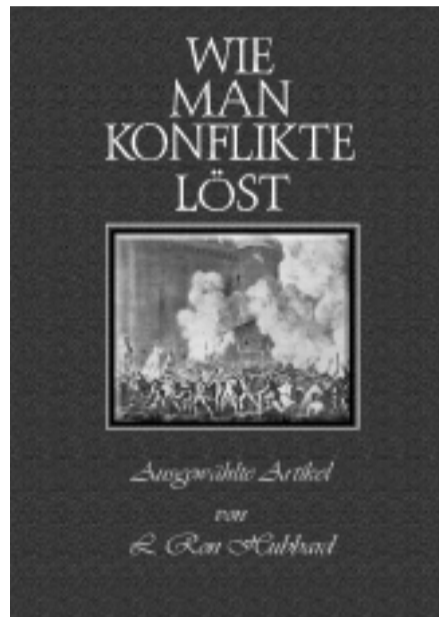
Es gibt keine Konflikte, die sich nicht lösen lassen, es sei denn, die wahren Anstifter bleiben verborgen.

Dies ist das Naturgesetz, das weder die Menschen des Altertums noch die der Moderne kannten.

Und weil sie es nicht kannten, und von „Gründen“ fehlgeleitet wurden, gingen ganze Kulturen unter. Es lohnt sich, dieses Gesetz zu kennen. Es lohnt sich, damit in jeder Situation zu arbeiten, in der man versucht Frieden zu schaffen.



L. Ron Hubbard



Die hier abgebildete Broschüre kann kostenlos bei der Redaktion angefordert werden

„In jedem Streit muss es eine unbekannt dritter Partei geben, damit ein Konflikt bestehen bleiben kann.“

„Die Geschichte vermittelt uns eine überaus unwahre Sicht der Vergangenheit, weil sie diese Vergangenheit auf der Grundlage gegenseitiger Beschuldigungen zweier Widersacher übermittelt und es versäumt, die dritte Partei aufzudecken.“

„Es gibt keine Konflikte, die sich nicht lösen lassen, es sei denn, die wahren Anstifter bleiben verborgen.“

keiten, Gruppenkonflikte oder Auseinandersetzungen zwischen Nationen, dann findet man, wenn man sucht, auch die dritte Partei. Sie wird von keiner der beiden streitenden Parteien verdächtigt, und wenn es überhaupt einen Verdacht gibt, wird er als „fantastisch“ beiseite geschoben. Aber eine sorgfältige Dokumentation bestätigt schließlich ihre Existenz.

Dieses Datum ist auf geradezu fabelhafte Weise nützlich. Bei einem Ehestreit liegt die richtige Herangehensweise für einen Eheberater oder Seelsorger darin, beide Seiten zu veranlassen, sorgfältig nach der dritten Partei zu suchen. Sie werden zunächst vielleicht viele Gründe finden. Gründe sind aber keine Wesen (Menschen). Man sucht nach einer dritten Partei, nach einem tatsächlichen menschlichen Wesen. Wenn beide die dritte Partei lokalisie-

(Fortsetzung von Seite 1)

Jugend für Menschenrechte

Katharina auch auf ihr Hauptanliegen hin: „Die Grundfreiheiten stehen jedermann zu. Leider wissen viele nicht einmal, was diese Rechte sind. Staatliche Stellen und Interessengruppen nutzen diesen Umstand in nicht wenigen Fällen aus. Wer beschwert sich schon darüber, dass jemand seine Grundrechte verletzt, wenn er nicht einmal weiß, dass es sie gibt? Die Jugendlichen von heute werden die Welt von morgen regieren. Wir alle müssen über diese Situation Bescheid wissen, weil wir die Möglichkeit haben, sie zum Besseren zu wenden [...] Den meisten ist bekannt, dass Flüchtlinge im Sudan oder Mädchen und Frauen in Afghanistan ungerecht und schlecht behandelt werden, um es gelinde auszudrücken. Trotzdem wissen viele nicht, dass Menschenrechte auch in den Ländern verletzt werden, die wir als ‚zivilisiert‘ oder ‚fortschrittlich‘ bezeichnen.“

Katharina betrachtet ihre eigenen Erfahrungen mit Menschenrechtsverletzungen als wichtigen Faktor, wenn es darum geht, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen glaubwürdig bekannt zu machen und ihre Verwirklichung anzumachen. „Die Notwendigkeit, die heutige Jugend über die Bedeutung von Menschenrechten zu informieren, steht für mich außer Frage“, betonte sie in ihrer Rede vor den Delegierten. „Das ist der Grund, warum ich hier bin und warum ich mehr Menschen erzählen möchte, was sie tun können, um zu helfen.“

Die Meetings im Gebäude der Vereinten Nationen waren Teil eines dreitägigen

internationalen Jugendtreffens unter der Schirmherrschaft von Youth for Human Rights International (YHRI), das gemeinsam von der Scientology Kirche, der Foundation for Human Rights and Tolerance und von den Friends of the United Nations organisiert wurde.

Den Ansprachen am Nachmittag folgte eine abendliche Veranstaltung, auf der unter anderem auch das Musikvideo UNITED seine Weltpremiere hatte. UNITED ist ein musikalischer und künstlerischer Beitrag zur internationalen Menschenrechtserziehung. Der Hip-Hop-Videoclip verarbeitet Eindrücke aus der Tour

einer YHRI-Filmcrew durch alle fünf Kontinente im Jahr 2004, verbunden mit der Botschaft „Kenne deine Menschenrechte – vielleicht wirst du sie irgendwann brauchen“.

Bei den jugendlichen Delegierten kam diese Botschaft bereits an: Sie kehrten hoch motiviert und mit der Zielsetzung in ihr Heimatland zurück, sich mehr als je zuvor für die Sache der Menschenrechte einzusetzen.

Förderung der Toleranz

Warum setzen sich junge Menschen wie Katharina Waterkamp für die Menschenrechte ein?

Die Veranstaltung war ins Leben gerufen worden, um das Verständnis von Jugendlichen unterschiedlicher Bekenntnisse untereinander zu fördern. Die beteiligten Scientologen wiederum sind Teil eines großen Verbunds aus Tausenden von Scientologen weltweit, die einen Großteil ihrer Zeit der Verwirklichung



Das Menschenrechtsbüro der Church of Scientology International in Brüssel hat sich zu einem Treffpunkt für kommunale Entscheidungsträger, Religionswissenschaftler und Mitglieder unterschiedlichster Konfessionen entwickelt. Hier werden Sozialprojekte diskutiert und Programme zu ihrer Umsetzung besprochen.

der Menschenrechte widmen. Ihr Gesichtspunkt ist einfach: Die Bedrohung der Freiheit eines Einzelnen ist eine Bedrohung der Freiheit aller!

Seit 1997 haben Scientologen ihren Menschenrechtsauftrag unter dem Banner der International Foundation for Human Rights and Tolerance wahrgenommen, einer gemeinnützigen Vereinigung mit Sitz in Los Angeles. Ihr Ziel: Menschenrechte und Toleranz zu fördern, und das Bewusstsein der Öffentlichkeit über die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen zu erhöhen.

Diese Erklärung, die als Antwort auf die Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs verabschiedet wurde, besagt bereits in der Präambel, dass „die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet“.

Auch ein Satz von L. Ron Hubbard, dem Gründer der Scientology-Religion, bestimmt die tägliche Arbeit der Foundation: „Menschenrechte müssen als Tatsache verwirklicht werden, nicht als idealistischer Traum.“

Information und Aufklärung in ganz Europa

Unter dem Motto „Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch schützen“ organisiert die Menschenrechtsabteilung der Scientology Kirche Veranstaltungen aller Größenordnungen, auf denen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte weltweit verbreitet wird – auch in Deutschland. Oft arbeitet sie dabei mit der Foundation for Human Rights and Tolerance und mit Youth for Human Rights International zusammen.

Im Jahr 1998 beispielsweise mobilisierte die Kirche Mitglieder auf dem ganzen Kontinent, um am ersten „Europäischen Marathon für Religionsfreiheit“ mitzuwirken. Der über 3225 Kilometer lange Lauf führte die Teilnehmer durch England, Holland, Belgien, Frankreich, die Schweiz, Italien, Österreich und Deutschland.

In den Folgejahren fanden weitere sportliche Großveranstaltungen statt. Im Jahr 2002 entwickelte sich der jährliche Europäische Marathon schließlich zu einem „Multathlon“, ein im englischen Sprachraum geprägtes Wort, das einen Wettkampf in zahlreichen sportlichen Diszipli-



nen bezeichnet. Die Teilnehmer laufen, gehen, fahren Rad, segeln, reiten, schwimmen oder bewegen sich in anderer Weise fort, während sie für die Sache der Menschenrechte werben.

Menschenrechtserziehung als Fundament

Das Hauptwerkzeug der Menschenrechtsabteilung der Scientology Kirche zur Erhöhung des Bewusstseins der Öffentlichkeit sind Informationsschriften. Die Scientology Kirche hat bisher insgesamt 14 verschiedene Info-Broschüren in bis zu 19 verschiedenen Sprachen veröffentlicht und kostenlos verbreitet.

Die zentrale Botschaft dieser Publikationen besteht darin, dass Aufklärung über die Inhalte der Allgemeinen Erklärung der Men-

Kinder und Jugendliche – wie hier bei der Olympiade 2004 in Athen – erhalten als Teil der kirchlichen Programme zur Menschenrechtserziehung die Broschüre „Was sind Menschenrechte?“, die auch in Deutsch erhältlich ist.



lichkeiten des religiösen und gesellschaftlichen Lebens sehr beliebt. Mittlerweile ist die Broschüre in 19 Sprachen übersetzt.

Heute arbeiten zahlreiche Menschenrechtler, Parlamentarier, Lehrer, Behördenvertreter und humanitäre Organisationen mit YHRI zusammen. In weniger als drei Jahren hat sich die Initiative in 52 Ländern etabliert.

schenrechte ein wirksames Mittel darstellt, um Spannungen abzubauen und gegenseitige Achtung und Toleranz zu fördern.

2002 beispielsweise wurde die Broschüre *Frieden durch Menschenrechte* publiziert und an zahlreiche Stellen verschickt und verteilt.

Gleichzeitig veröffentlichte die Church of Scientology International eine Broschüre mit dem Titel *Wie man Konflikte löst*, in der es um die Behebung der wirklichen Ursache von Streitigkeiten geht.

Auf die fortwährende, breit angelegte Aufklärungsarbeit der Scientology Kirche sind verschiedene führende Menschenrechtler aufmerksam geworden, darunter auch der Berichterstatter des Europäischen Parlaments für den „Jahresbericht 2002 über Menschenrechte in der Welt“, Bob van den Bos. Er belobigte die Scientology Kirche ausdrücklich für ihre „Aufklärungskampagne über die Menschenrechte und ihre praktische Hilfe für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen“.

Weltweite Initiative

Es ist unbestreitbar wichtig und dringlich, dass Regierungen und der einzelne Bürger die Menschenrechte sowohl respektieren als auch aktiv umsetzen. Trotzdem besteht in diesem Bereich ein eklatanter Mangel an zukunftsweisender Erziehungs- und Aufklärungsarbeit.

Um diese Lücke zu schließen, gründete die Scientologin und Pädagogin Mary Shuttleworth in Zusammenarbeit mit dem Menschenrechtsbüro der Church of Scientology International im August 2001 die Vereinigung Youth for Human Rights International (Jugend für Menschenrechte International, abgekürzt YHRI). Als eines ihrer ersten Projekte hielt die YHRI ein Delegiertentreffen für Jugendliche am 11. Oktober 2001 in Genf ab, genau einen Monat nach dem Anschlag auf das World Trade Center.

Die Mission dieser Vereinigung besteht darin, Kinder und Jugendliche auf der ganzen Welt über die Menschenrechte zu informieren. Nachdem sich herausgestellt hatte, dass die Allgemeine Erklärung in einer Form vermittelt werden musste, die auch Kinder verstehen können, veröffentlichte YHRI im Jahr 2002 die Broschüre *Was sind Menschenrechte?*. Sie enthält eine auf junge Menschen zugeschnittene vereinfachte Version der Allgemeinen Erklärung und ist nicht nur bei Kindern, sondern auch bei Lehrern, Behördenvertretern und führenden Persön-

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.youthforhumanrights.org. Die Initiative stellt Ihnen gern ihr 36-seitiges Büchlein *Was sind Menschenrechte?* zur Verfügung, in der die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* in einfachen Worten beschrieben wird. Diese Publikation ist in insgesamt 19 Sprachen erhältlich.

FREIHEIT aktuell:

Lernprobleme, Konzentrationschwäche, Analphabetismus ...

Es gibt einen Ausweg aus der Bildungskrise!



Fordern Sie kostenlos

die Broschüre *Bessere Bildung für eine bessere Welt* an oder wenden Sie sich für eine ausführliche Beschreibung der Lernmethodik L. Ron Hubbards an Ihre nächstgelegene Scientology Kirche.



Scientology Kirche Deutschland e.V.
Beichstraße 12, 80802 München
E-Mail: info@skdev.de
Internet: www.skdev.de

Impressum

Herausgeber: Presseverein der Scientology Kirche in Deutschland e.V., Beichstraße 12, 80802 München. Verantwortlicher Redakteur: Sabine Weber. Erscheinungsort: München. Druck: PSM GmbH, Wikingerweg 2, 20537 Hamburg. Auslandskorrespondent Österreich: Sonia Hinkel, Senefeldergasse 11/5, A-1100 Wien. Auslandskorrespondent Schweiz: Jürg Stettler, Freilagerstraße 11, CH-8047 Zürich

© 2004 Presseverein der Scientology Kirche in Deutschland e.V. Alle Rechte vorbehalten. Wir danken der L. Ron Hubbard Library für die Genehmigung zur Wiedergabe von Auszügen aus den urheberrechtlich geschützten Werken von L. Ron Hubbard. FREIHEIT, SCIENTOLOGY, HUBBARD und das Scientology-Kreuz sind Marken im Besitz des Religious Technology Center und werden mit dessen Genehmigung verwendet.

Empfohlene Websites:

Weitere Informationen über die in dieser Ausgabe behandelten Themen finden Sie unter:

www.menschenrechtsbuero.de

www.youthforhumanrights.org

www.besserebildung.de

www.scientology.org

www.lronhubbard.org